



Liebe Leserinnen und Leser,

wir kommen voran in der Flüchtlingskrise. Beim Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs stimmten alle 28 EU-Mitgliedstaaten in den vier zentralen Zielen überein: Flüchtlingszahlen spürbar und rasch reduzieren, EU-Außengrenzen schützen, illegale Migration verringern und den Schengenraum bewahren. Die Überzeugung, dass ein europäisches Problem auch nur auf europäischer Ebene gelöst werden kann, teilen die Staaten ebenfalls. Die österreichische Haltung wurde auf dem EU-Gipfel zu Recht kritisiert. Die Politik des Durchwinkens von Flüchtlingen auf dem Balkan muss, auch nach dem Willen der EU-Kommission, ein Ende haben.

Auch im eigenen Land bleiben wir nicht untätig: Wir beschlossen in dieser Woche das Asylpaket II und die Verschärfungen des Ausweisungsrechts für straffällig gewordene Ausländer. Wir wären allerdings weiter, wenn nun auch die rot-grün regierten Länder ihrer Verantwortung für unser Land nachkämen und etwa der Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten um Algerien, Marokko und Tunesien zustimmen würden. In den Bundesländern muss endlich mehr geschehen. Gerade die rot-grünen Landesregierungen in Niedersachsen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz kommen ihrer Aufgabe, die große Zahl der ausreisepflichtigen Personen auch tatsächlich auszuweisen, hier nicht nach.

Die Ereignisse in Sachsen in den letzten Tagen erfüllen mich mit Sorge: Es ist erschreckend, dass Menschen sich so gegenüber ankommenden Flüchtlingen verhalten oder Beifall klatschen, wenn ein Asylbewerberheim brennt. So etwas darf in unserem Land nicht passieren. Unsere christlichen Werte verlangen einen ordentlichen Umgang mit Menschen unabhängig davon, woher sie kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



KURZ UND BÜNDIG

24. Februar
Fachgespräch Arbeit 4.0

TERMINE

26. Februar 17Uhr
Kreistagsfraktion WF

26. Februar 19Uhr
Funktionsträgersitzung
Freiwillige Feuerwehr
Cremlingen

27. Februar 9Uhr
Suppenküche Wolfenbüttel

01. März
Gemeinderatsfraktion
Cremlingen

03. März
Wolfenbütteler Feierabend-
gespräch der CDA

04. März 19Uhr
Stadttempfang Wolfenbüttel

05. März
Kreisparteitag Wolfenbüttel

06. März 10Uhr
Traditionelle Boßeln &
Braunkohl Tour, Hof Weber

07. März 18Uhr
A2B-Sitzung, Wolfenbüttel

10. März 16Uhr
Kreistagsfraktion WF

11.-12. März
Klausurtagung CDU-
Landesverband Braunschweig

13. März 10:30Uhr
Bürgerfrühstück CDU
Gardessen



Einer von uns in Berlin –
Sitzungswochen vom 22. bis 26.
Februar 2016

Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren („Asylpaket II“). In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir Änderungen im Asylgesetz, Aufenthaltsgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz. Sie umfassen zum einen beschleunigte Asylverfahren für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sowie für Folgeantragsteller und ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommenden Asylbewerbern. Zum anderen regeln wir die zur Durchführung dieser Maßnahme eingerichteten Aufnahmeeinrichtungen. Zudem werden wir den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre aussetzen. Flüchtlinge können an den Kosten für Integrationsmaßnahmen beteiligt werden.

Fragen und Antworten zur Flüchtlingsthematik finden Sie auf meiner Homepage www.uwe-lagosky.de



Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern. Der Gesetzesentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, beinhaltet Konsequenzen aus den Ereignissen in Köln in der Silvesternacht. Wir ziehen in zweierlei Hinsicht die richtigen Lehren: Zum einen können straffällige Ausländer künftig leichter abgeschoben werden, zum anderen werden wir straffällige Asylbewerber schneller die Flüchtlingsanerkennung verweigern. Bei Asylsuchenden reicht künftig

eine Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr statt bisher von drei Jahren aus, um ihnen die Anerkennung zu verwehren. Für alle in Deutschland lebenden Ausländer gelten künftig schärfere Ausweisungsregeln. Seit dem 1. Januar 2016 gilt das neue Ausweisungsrecht, bei dem das Abschiebeinteresse gegen das Bleibeinteresse abgewogen wird. Künftig wird ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bereits dann vorliegen, wenn ein Ausländer wegen bestimmter Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt worden ist, unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist. Das Ausweisungsinteresse ist dann bereits besonders schwerwiegend, wenn eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr erfolgt ist. Damit stellen wir sicher, dass nur diejenigen Personen Schutz und Unterstützung in Deutschland erhalten, die diese auch tatsächlich verdienen und die sich dieser würdig erweisen.

Drittes Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG).

In zweiter und dritter Lesung verbesserten wir die Förderleistungen des sogenannten „Meister-BAföG“. Das Handwerk trägt viel zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes bei. Um es mehr jungen Menschen zu ermöglichen, ihren beruflichen Weg in diesem Wirtschaftszweig erfolgreich fortzuschreiben, haben wir das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz deutlich verbessert. So setzen wir ein wichtiges Zeichen für die berufliche Bildung in Deutschland. Der Gesetzesentwurf erweitert in diesem Sinne unter anderem der Kreis der Leistungsberechtigten deutlich. Wir wollen Antrag und Bezug der Unterstützung erleichtern und bauen deshalb die damit bisher verbundene Bürokratie ab. Am Wichtigsten: Leistungsberechtigte dürfen sich ab dem 1. August 2016 über eine höhere Förderung freuen.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse. Wir setzten die Bestimmungen der europäischen Tabakprodukttrichtlinie in deutsches Recht um. Sie soll dazu beitragen, die gesundheitsgefährdenden Risiken, die mit dem Rauchen einhergehen, zu verdeutlichen und den Gesundheitsschutz stärken. Unter anderem müssen gesundheitsbezogene Warnhinweise auf Verpackungen von Tabakerzeugnissen deutlich sichtbar sein. Weiterhin wird das Inverkehrbringen von Zigaretten und von Tabak zum Selbstdrehen verboten, die aromatische Bestandteile enthalten, mit denen sich Geruch, Geschmack oder die Rauchintensität verändern lassen. Das Verbot hat auch das Inverkehrbringen von Filtern, Papieren oder Kapseln zum Gegenstand, soweit diese Tabak oder Nikotin enthalten. Erstmals sind auch Vorschriften für nikotinhaltige E-Zigaretten und mediale Werbeverbote für pflanzliche Tabakprodukte vorgesehen. Wir beschließen die Umsetzung der Richtlinie in zweiter und dritter Lesung.



Intelligente Mobilität fördern – Die Chancen der Digitalisierung für den Verkehrssektor nutzen. Wir berieten Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur zu dem Antrag, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eingebracht haben. Gegenstand sind die großen Chancen der Digitalisierung des

Verkehrssektors, die sich für Deutschland ergeben. Wir bestärken die Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur darin, die unterschiedlichen Bereiche der intelligenten Mobilität noch stärker zu vernetzen und zu steuern. Großen Wert legen wir auf die Einrichtung von Modellregionen, in denen neue Technologien erprobt werden können.

Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende. Mit dem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung berieten, regeln wir den schrittweisen verpflichtenden Einbau von intelligenten Stromzählern – sogenannten Smart Metern – die einen wichtigen Baustein für intelligente Stromsysteme und damit einen effizienteren Ressourceneinsatz darstellen. Ab 2017 erfolgt die Verpflichtung für alle Verbraucher ab einem Jahresstromverbrauch von 10.000 Kilowattstunden. Erst ab 2020 können Messstellenbetreiber auch kleinere Haushalte unter Einhaltung sinkender Preisobergrenzen einbeziehen. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass durch technische und regulative Voraussetzungen jederzeit ein hohes Datenschutzniveau gewährleistet wird.

Wussten Sie schon...?

..., dass der Ältestenrat des Deutschen Bundestages sich keinesfalls aus dem Präsidium und den 23 ältesten Abgeordneten zusammensetzt? Vielmehr wählen die Fraktionen nach ihrer jeweiligen Stärke erfahrene Abgeordnete in den Ältestenrat, der dann für die Koordinierung eines möglichst reibungslosen parlamentarischen Ablaufs sorgt.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Daten und Fakten

Reallöhne steigen. Deutschland verzeichnet den höchsten Anstieg des Reallohnindex seit der Erhebung dieser Daten im Jahre 2008. Im Jahr 2015 sind die Reallöhne im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent gestiegen. Gründe dafür sind leicht steigende Verbraucherpreise (+0,3 Prozent) bei mittleren nominalen Verdienststeigerungen (+2,8 Prozent). Besonders deutlich ist der nominale Zuwachs bei Beschäftigten mit unterdurchschnittlichen Verdiensten. So gab es einen Anstieg des monatlichen Bruttoverdienstes um 4,1 Prozent bei ungelerten Arbeitnehmern im Vergleich mit den sonstigen Beschäftigungsgruppen. Bei geringfügig Beschäftigten lässt sich ein Verdienstzuwachs von 4,7 Prozent konstatieren, bei Teilzeitkräften beträgt er noch 3,0 Prozent und bei Vollzeitbeschäftigten 2,6 Prozent. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Frauen häufiger in Arbeit. Von 2001 bis 2015 wurden 64 Prozent aller neu entstandenen Arbeitsplätze in Deutschland mit Frauen besetzt. Dies liegt laut IW Köln vor allem an der verstärkten Bedeutung des Dienstleistungssektors: Im entsprechenden Zeitraum entstanden rund 1,6 Millionen neue Jobs alleine im Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen, von denen 1,2 Millionen Stellen mit Frauen besetzt wurden. Während die Erwerbslosenquote in Deutschland im Dezember 2015 für Frauen bei 4,1 Prozent und für Männer bei 4,9 Prozent lag, sind Frauen vor allem in den angespannten Arbeitsmärkten Südeuropas noch häufiger auf Jobsuche. In nahezu allen EU-Ländern hat sich das Verhältnis der geschlechterspezifischen Erwerbslosenquoten seit Beginn der Wirtschaftskrise 2009 jedoch zugunsten der Frauen verbessert. Im EU-Durchschnitt lag die Erwerbslosenquote im Dezember 2015 bei 9 Prozent der Männer und 9,1 Prozent der Frauen. (Quelle: IW Köln)

Neues aus Berlin

Tragfähige Grundlage für den Verbleib Großbritanniens in der EU erzielt. Die vom Europäischen Rat in schwierigen Verhandlungen erreichten Beschlüsse zu Anliegen Großbritanniens ebnen den Weg dafür, dass das

dortige Referendum am 23. Juni 2016 zugunsten Europas ausgehen kann. Die Kompromisse, die wir dafür eingegangen sind, sind gerechtfertigt. Denn ein Verbleib Großbritanniens in der EU ist von außerordentlicher Bedeutung – das Land ist ein Partner im Geist und im Markt und unser drittgrößter Außenhandelspartner. Mehr als erfreulich ist es, dass der Verhandlungsprozess in Brüssel vom erkennbaren Willen der Einigung geprägt war.



Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats tragen dem Reformanliegen Großbritanniens Rechnung, so etwa mit den Neuregelungen für das Vereinigte Königreich innerhalb der EU sowie besonderen Bestimmungen zur Bankenunion und der weiteren Integration des Euro-Raumes. Mit der Neuregelung des Kindergeldes zum Schutz der Sozialsysteme, Vereinbarungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, der Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente und des Grundsatzes der Subsidiarität wurden dabei aber auch Ergebnisse erzielt, die in unserem Sinne sind und von denen Deutschland und Europa in Zukunft profitieren dürften. Nun ist es an den britischen Bürgern zu entscheiden, ob das Land Teil der Europäischen Union bleibt. Wir alle können dazu beitragen, indem wir in den kommenden Monaten vermeiden, Europa schlecht zu reden. Denn wesentlich mitentscheidend für das Votum wird auch das Bild von Europa sein, das sich der britischen Öffentlichkeit in den kommenden Monaten beim Blick über den Ärmelkanal bietet.

Praktikumsende von Tjark Rautenberg. Ende dieser Woche beendet Tjark Rautenberg sein Praktikum in meinem Berliner Büro. Während seiner Zeit hat er sowohl die Arbeit meiner



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Mitarbeiter als auch meine Arbeit als Abgeordneter kennengelernt. Im Folgenden lesen Sie, wie er auf sein Praktikum zurückblickt:



Mein Name ist Tjark Rautenberg und ich komme aus dem Wahlkreis des Abgeordneten Uwe Lagosky. Im Sommer letzten Jahres habe ich mein Abitur in Braunschweig bestanden und plane nun Rechtswissenschaften zu studieren. Als mir die Möglichkeit geboten wurde für ein Orientierungspraktikum nach Berlin zu kommen, war ich begeistert.

Gleich am ersten Tag war ich beeindruckt vom Ausmaß der Anlagen und vom Flair der Hauptstadt. Mit Hilfe seiner Mitarbeiter habe ich mich schnell im Alltag zurechtgefunden. Auf der einen Seite wurde ich in die Arbeit eingebunden, auf der anderen Seite wurden mir großzügige Freiräume gelassen um etwa die Gebäude des Bundestages auf eigene Faust zu erkunden. Dabei hatte ich die Gelegenheit die vielfältigen Kunstwerke und architektonischen Besonderheiten kennen zu lernen.

Inhaltlich befasste ich mich im Rahmen des Praktikums mit unterschiedlichen Themen, wie zum Beispiel Infrastrukturprojekte im Wahlkreis, dem europäischen Emissionshandel, die Chancen und Risiken der Heimarbeit sowie die Förderung von Langzeitarbeitslosen. Darüber hinaus habe ich eine Pressemitteilung geschrieben und im Zuge meiner Recherche zur aktuellen Flüchtlingssituation im Wahlkreis diverse Telefonate geführt. Zudem begleitete ich Herrn Lagosky zu mehreren Arbeitsgruppen und Ausschüssen.

Während meiner Zeit im Bundestag nahm ich am Praktikantenprogramm der CDU/CSU Bundestagsfraktion teil. Im Rahmen des Programms hatte ich Zutritt zu den Räumlichkeiten der Bundespressekonferenz und nahm an diversen Veranstaltungen teil. Beispielsweise an einer Diskussionsrunde mit Dr. Wolfgang Schäuble im Bundesministerium der Finanzen. Thema war der Bundeshaushalt des kommenden Jahres und die Rolle der schwarzen Null, im Hinblick auf die finanziellen Herausforderungen der Flüchtlingskrise. Ein besonderes Erlebnis war zudem der Neujahrsempfang der CDU-Landesgruppe Niedersachsen. Dort hielt Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert eine Rede über die Rolle des Parlaments und der Position Deutschlands in der Weltgemeinschaft.

Rückblickend ist zu sagen, dass meine fünf Wochen wie im Flug vergangen sind. Täglich boten sich mir neue Einblicke, immer war es interessant und abwechslungsreich. Die ständige Auseinandersetzung mit neuen Thematiken war überaus spannend für mich. In meinem Orientierungspraktikum habe ich eine Menge über den Arbeitsalltag und den Umgang miteinander gelernt. Die Bedeutungen von Selbstständigkeit, Verlässlichkeit und Pünktlichkeit wurde mir hier noch deutlicher bewusst als während meiner Schulzeit.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Zu guter Letzt spreche ich Herrn Lagosky und seinem Team meinen Dank aus, für die vielen Erfahrungen die ich in den letzten Wochen machen durfte. Mit dem Praktikum war ich sehr zufrieden und konnte eine Menge fürs Leben lernen.

Zum Schluss, doch nicht das Letzte



© Deutscher Bundestag / Achim Meide

Donnerstag hielt ich eine Rede zum Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Befristungen im öffentlichen Dienst stoppen“. In einer Kurzintervention nahm eine Abgeordnete der Linken Stellung zu meiner Rede. Dabei nahm Sie Bezug auf meine Zeit als Betriebsrat. Hier ein paar Auszüge:

Rede: „Es gibt eine Fraktion in diesem hohen Haus die sagt: ‚Wir wollen den öffentlichen Dienst ausbauen: hierfür sollen 50 Milliarden Euro jährlich in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege, öffentliche Sicherheit und Kultur eingesetzt werden. Dadurch entstehen 1 Million Vollzeit Arbeitsplätze zu regulären, tariflichen Bedingungen‘ – das versprach die Linke zur Bundestagswahl 2013.

50 Milliarden Euro entsprächen 16 Prozent des Bundeshaushalts 2016. Das allein in Kombination mit Ihren anderen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Projekten bedeutet für Deutschland: Schulden zu Lasten der nächsten Generation. Daher fährt unser Land besser mit einer solide wirtschaftenden CDU/CSU-geführten Regierung. [...]

Verbindendes Element zu wohl allen Fraktionen ist der Einsatz für die

Beschäftigten in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst. Sie alle halten unsere Gesellschaft funktionsfähig und verdienen daher unsere Wertschätzung.

Was uns trennt ist der Umgang mit den Fakten. Dass befristete Neueinstellungen im öffentlichen Sektor mit ca. 59,5 Prozent gegenüber ca. 39,9 Prozent in der Privatwirtschaft eine größere Rolle spielen, ist unbestritten und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zu Recht herausgehoben worden.

Allerdings sollte erwähnt werden, dass gerade seit Angela Merkels Regierungsantritt die Anteile befristeter Einstellungen im öffentlichen Dienst deutlich zurückgingen: Um exakt 15,2 Prozent in neun Jahren. [...]

Vielsagend finde ich die personalwirtschaftlichen Vorgaben der jeweiligen Ressorts, die die Bundesregierung der Links-Fraktion in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage zur Kenntnis gab und in der es heißt: ‚Da vielfach über Bedarf ausgebildet wird, sind viele Bundesbehörden generell bestrebt, ehemaligen Auszubildenden zumindest einen befristeten sachgrundlosen Anschlussvertrag anzubieten, wenn mangels freier Planstellen und Stellen keine unbefristete Übernahme erfolgen kann.‘

Auf Bundesebene sind wir also schon dabei, die Situation zu verbessern. Wenn es darum geht, wie von Ihnen gefordert auf die Länder ‚hinzuwirken, den Anteil an befristeten Stellen deutlich zu senken‘, empfehle ich Ihnen ein Gespräch mit Ihrem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Dem aktuellen IAB-Betriebspanel mit Länderbericht Thüringen ist nämlich zu entnehmen: [...] ‚In Thüringen entfristete die öffentliche Verwaltung mit 9 Prozent auffällig selten, in Ost- und Westdeutschland lag hier der Anteil bei 24 und 38 Prozent.‘ Ein jeder kehrt vor seiner Tür... [...]

Befristungen auf Probe spielen mit 9,4 Prozent im Vergleich zur Privatwirtschaft mit 28 Prozent eine geringe Rolle. Würden nun, wie von der Links-Fraktion gefordert, insbesondere diese Passage aus dem Teilzeit-



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



und Befristungsgesetz gestrichen, hätte dies Auswirkungen auf die gesamtdeutsche Wirtschaft. Davon ist in ihrem Antrag nicht die Rede. [...]

Zur Ausbildungssituation ist zu sagen: Durch die Ausbildung über Bedarf im öffentlichen Dienst bieten sich jungen Menschen berufliche Perspektiven. Natürlich sind wir uns einig, dass junge Berufseinsteiger nach ihrer Ausbildung möglichst eine unbefristete Anstellung bekommen sollten. Wir unterscheiden uns jedoch dadurch, dass wir es den Betrieben überlassen, ob eine unbefristete Einstellung erfolgt oder nicht. [...] Für gesetzliche Änderungen sehen wir deshalb zurzeit keine Grundlage.“



Kurzintervention. „Für mich standen immer der Mensch und natürlich auch die Frage im Mittelpunkt, wie ich jemanden in eine unbefristete Beschäftigung bringen kann. Wenn es in gewissen Übergangszeiten nur die Möglichkeit gab, über eine befristete Stelle in eine unbefristete Stelle zu kommen, dann habe ich dieses auch befördert, aber in die Richtung, dass es am Ende des Tages eine unbefristete Stelle gab.“

Es gab durchaus Zeiten, in denen ein Unternehmen - das gilt für alle Unternehmen in allen Branchen - in die Situation gerät, dass sporadische Arbeitsleistungen notwendig sind. [...] Wir haben unseren Kolleginnen und Kollegen, die für einen befristeten Zeitraum eingestellt wurden, gesagt, dass sie nach diesem Zeitraum den Betrieb wieder verlassen. Auch das gehört zur Wahrheit und zur Klarheit dazu, die Betriebsräte aufrechterhalten müssen, wenn sie in unseren Betrieben unterwegs sind [...]

Entscheidend ist aber, dass es gelungen ist, über eine derartige Personalpolitik in den Betrieben, in denen ich als Konzernbetriebsratsvorsitzender und Betriebsratsvorsitzender Verantwortung getragen habe, durchaus für eine Personalentwicklung und auch eine Personalsteigerung zu sorgen, teilweise auch über befristete Verträge. Das ist, glaube ich, beispielhaft für alle Betriebe in Deutschland.“



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

